

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

„Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer“

Am 21. September reichte die Bundestagsfraktion DIE LINKE dem Deutschen Bundestag zwei Anträge ein, in denen konkrete Forderungen von OWUS, zuletzt in dem Erfurter Beschluss für eine Sozialcharta aufgegriffen werden. Mit dem Antrag „Gerechte Krankenkassenbeiträge für Selbstständige in der gesetzlichen Krankenversicherung“ (DS 18/9711). Gemäß dieses Antrages soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, *„einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Mindestbeitragsbemessung für hauptberuflich selbstständig Tätige nach § 240 Abs. 4 des Fünften Sozialgesetzbuches SGB V auf die Geringfügigkeitsgrenze (derzeit 450 Euro) abgesenkt wird. Oberhalb dieser Grenze sollen einkommensabhängige Beiträge gelten.“* Begründet wurde dieser Antrag mit der Feststellung, dass *„grundsätzlich ... bei Selbstständigen ein Krankenversicherungsbeitrag erhoben (wird), als hätten sie Einkünfte in Höhe der geltenden Beitragsbemessungsgrenze, also 4 237,50 Euro im Monat (Werte für 2016). Erst bei Nachweis niedrigerer Einnahmen wird die Beitragsbemessung gesenkt, allerdings nicht unter 2 178,75 Euro. Nach den vom Spitzenverband Bund der Krankenkassen erlassenen Beitragsverfahrensgrundsätzen für Selbstzahler kann die Mindestbemessung nur unter sehr engen Voraussetzungen noch weiter gesenkt werden. ... Mit dem vorliegenden Vorschlag würde der Mindestbeitrag für Selbstständige nur noch von 70,65 Euro in der Krankenversicherung und 11,70 Euro in der Pflegeversicherung betragen. Damit würden existenzbedrohende Beitragszahlungen weitestgehend vermieden und durch das Solidarprinzip ersetzt.“*

Der 2. Antrag betrifft analoge Regelungen für übrige in der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig Versicherten (DS 18/9712). Wortlaut beider Anträge unter <https://www.linksfraktion.de/parlament/parlamentarische-initiativen/>.

Krise der EU – Zeit für einen linken Neustart

lautete am 23. September das Thema einer Konferenz und Podiumsdiskussion der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Das Eröffnungsreferat von Gregor Gysi kann auf YouTube „nachgehört“ werden https://www.youtube.com/watch?v=vByd_6fJPsA

In sechs Podiumsveranstaltungen kamen Politiker aus Deutschland sowie u.a. Frankreich, Niederlande, Italien, Spanien und Portugal zu Wort. Allerdings hatten die Veranstalter den Begriff Podiums“*diskussion*“ nicht im Fokus der Konferenz. Im Wesentlichen wurden auf dem Podium z.T. sehr interessante und auch kontroverse Ko-Referate abgegeben, Zeit zur Diskussion mit den zahlreichen Teilnehmern war jedoch nur in sehr beschränktem Maße gegeben.

Als Fazit wurde die Feststellung bekräftigt, dass die Europäische Union in einer strukturellen Krise sowohl auf wirtschaftlichem und sozialem als auch politischem Gebiet steckt. Tiny Kox von der Sozialistischen Partei der Niederlande stellte dazu fest, dass mit dem Vertrag von Maastricht der Wohlfahrtsstaat aufgegeben und der Weg zum Neoliberalismus freigemacht wurde. 2008 konnte der Staat die Menschen nicht mehr vor den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise schützen. Dies hat zu einem Vertrauensverlust geführt und damit den Rechtspopulismus in vielen EU-Staaten befördert. Luka Mesec vom Slowenischen Linksbündnis stellte fest, ein Problem der Linken sei, dass sie immer gegen etwas sind. Unklar bleibt dabei, wofür sie sind.

Übereinstimmung bestand in der Feststellung, dass die marktradikale Krisenpolitik der EU-Institutionen und der nationalen Regierungen Armut und soziale Ungleichheit in der EU sowie die ökonomischen Ungleichgewichte vergrößert haben. Unterschiedliche Auffassungen gab es naturgemäß bei der Frage – wie weiter mit EU und Euro? Kann es einen Neustart geben oder ist der Exit der einzige Ausweg? Es gab keine Illusionen darüber, dass die bestehenden Verträge geändert werden könnten. Dazu fehlen in den 27 EU-Staaten die notwendigen politischen Mehrheiten. Im Gegensatz zum deutschen Grundgesetz sind die EU-Verträge nicht wirtschaftspolitisch neutral, sondern neoliberal ausgerichtet. Was passiert, wenn eine demokratisch gewählte Regierung aufbegehrt, zeigt das Beispiel Griechenland. Wenn man die Verträge nicht ändern kann und auch nicht austreten will, dann blieb für einige Redner nur ein Ausweg – die Verträge müssen gebrochen werden! Mit Hinweis auf Rechtsbrüche seitens der EU-Institutionen und auch zahlreicher Regierungen hieß es „Was die können, müssen wir auch können.“ Als Ergebnis von

zehn Stunden Konferenz bleibt – es besteht weiterhin erheblicher Diskussionsbedarf über die Zukunft von EU und Euro, und das sicherlich nicht nur unter Linken. Siehe auch <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1026707.sozialismus-der-vaterlaender.html?sstr=Sozialismus|der|Vaterl%C3%A4nder>

RoSu

„Alle mitnehmen – soziale Ungleichheit überwinden!“

so das Motto einer Konferenz am 26. September, zu dem mehrere Organisationen (u.a. Paritätischer Gesamtverband, DGB, VENRO, Diakonie und AWO) eingeladen hatten. Am 25. September jährte sich zum ersten Mal die Verabschiedung der Resolution der UN-Generalversammlung **„Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“** (<http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf>) - siehe auch unter Wirtschaftsinformationen. Ein Jahr danach forderte in Berlin ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus Entwicklungs-, Wohlfahrts-, Friedens-, Menschenrechts-, Verbraucher- und Umweltverbänden, den Kirchen und Gewerkschaften eine umfassende sozial-ökologische Transformation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dies sei die einzige Möglichkeit, die wachsende soziale Ungleichheit zu überwinden.

Auf der Konferenz wurde festgestellt, dass sich die soziale Ungleichheit in den letzten Jahren weltweit verschärft hat. 62 Privatpersonen besitzen genau so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, rund 3,6 Milliarden Menschen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird nahezu in jedem Land größer – auch in Deutschland. Das Bündnis fordert ein Umdenken und eine neue Politik, um Ungleichheit zu mindern und sozial-ökologische Gerechtigkeit zu verwirklichen. Nach Eingangsstatements wurde die Diskussion in neun Workshops mit Untergruppen geführt. Dabei ging es u.a. um Verhinderung von Altersarmut, nachhaltigen Konsum, Klimagerechtigkeit, Steuergerechtigkeit, deutsche Exportrekorde und freien Handel. In diesen Diskussionsrunden hatten alle Teilnehmer Gelegenheit, sich aktiv in die Debatte einzubringen und nicht nur als stille Zuhörer. Die Quintessenz aus diesen Diskussionen in den Arbeitsgruppen wurde dann abschließend Vertretern der vier im Bundestag vertretenen Parteien als Fragestellungen vorgelegt. Die anwesenden Politiker gaben nicht nur vorbereitete Erklärungen ab, sondern mussten sich den

teilweise kritischen Fragen der Teilnehmer stellen. „Zivilgesellschaft im Disput mit Politik“ könnte man dieses Format einer Konferenz überschreiben.

RoSu

Wahlanalysen der Forschungsgruppe Wahlen e.V.

http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Mecklenburg-Vorpommern/

http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Berlin/

Ein Auszug aus der Wahlanalyse – wen haben die Selbständigen gewählt (in Klammern das vorläufige Gesamtergebnis bei den Zweitstimmen)?

Mecklenburg-Vorpommern

18% SPD [30,6%] / 25% CDU [19,0%] / 12% DIE LINKE [13,2%] / 6% Bündnis90/Grüne [4,8%] / ---% FDP [3,0%] / 21% AfD [20,8%] und 18% Sonstige [5,6%]

Berlin

15% SPD [21,6%] / 16% CDU [17,6%] / 22% Bündnis90/Grüne [15,2%] / 17% DIE LINKE [15,6%] / 11% FDP 6,7%] / 12% AfD [14,2%] und 7% Sonstige [7,4%]

Neues von der Gemeinwohl-Ökonomie - BKK ProVita

Mit der BKK ProVita hat die erste gesetzliche Krankenkasse einen Gemeinwohlbericht für 2015/2015 vorgelegt – siehe <https://www.bkk-provita.de/ihre-bkk-provita/gemeinwohlbilanz/>

Aus dem OWUS-Dachverband

OWUS auf  www.facebook.com/owus.dachverband

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Auf Vorschlag des Landesverbandes Berlin-Brandenburg wandte sich der Vorsitzende des OWUS-Dachverbandes am 20. September an die beiden Ko-

Vorsitzenden der Partei DIE LINKE. Zunächst wurde festgestellt, dass DIE LINKE bei den Wahlen in Berlin „ ... einen großen Erfolg erreicht (hat), der aber sicherlich auch mit einem notwendigen Realismus betrachtet werden muss und nicht zu Euphorie verleiten darf. ... Gleichzeitig mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass der Stimmenzuwachs der AfD auch von Selbständigen getragen wurde, in Mecklenburg Vorpommern immerhin 21% des Stimmenanteils. Das macht uns einerseits Sorge, andererseits zeigt es uns, dass in noch stärkerem Maße die Gespräche mit den kleinen Unternehmern und Selbständigen geführt werden müssen, ihre Sorgen anzuhören, aufzunehmen und die Probleme in die praktische Politik zu tragen. Mit unserer Sozialcharta vom April 2016 haben wir ein solches Aktionspaket geschnürt und der Politik als einen möglichen Vorschlag auf den Tisch gelegt. Nun wissen wir um die „Mühen der parlamentarischen Arbeit“, aber davon lassen wir uns nicht verzagen.“

2017 stehen drei weitere Landtagswahlen und im Herbst dann die Bundestagswahlen an. In Vorbereitung darauf unterbreitet OWUS folgende Überlegungen:

„1. Wir würden es sehr begrüßen, wenn im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE deutlich gemacht wird, dass die Linke auch Probleme der kleinen und mittleren Unternehmen, Selbständigen und Solo-Selbständigen im Focus hat und sich für eine nachhaltige und zukunftsichernde soziale Absicherung, sowohl bezogen auf die bezahlbare Krankenversicherung, als auch eine Altersabsicherung, die über die Grundsicherung hinaus geht, einsetzt.

2. Gleichzeitig plädieren wir für eine Unterstützung der Linken zur Förderung von allen Formen alternativen Wirtschaftens. Dazu gehört die Solidarische Ökonomie mit ihrem vielfältigen Spektrum, zu dem auch die Gemeinwohl-Ökonomie gehört. Für die Gemeinwohl-Ökonomie als eine mögliche alternative Form des Wirtschaftens gibt es bereits unter den gegenwärtigen Bedingungen weltweit zahlreiche praktizierende Beispiele von Unternehmen und Kommunen, die nicht unbeachtet bleiben sollten. ... Wir verbinden damit auch die Hoffnung der Signalwirkung auf die Landespolitik, insbesondere in den Ländern mit Regierungsbeteiligung der Linkspartei.

3. Wir möchten Euch vorschlagen, gemeinsam offensivere Gesprächsformen mit Gewerbetreibenden, Kleinunternehmern und Selbständigen zu entwickeln. Nach jeder Landtagswahl ist u.a. zu hören, „dass man mit den eigenen Themen nicht

durchgedrungen ist“, weshalb wir Stimmenverluste hinnehmen mussten, um es vereinfacht zu formulieren. Wir glauben, dass es mehr Kontinuität in der Frage „Bürger treffen auf Politik“ geben muss. ... Die Linke hatte in den 90iger Jahren mehr Wählerstimmen aus dem Lager der kleinen Unternehmer als heute. Es wurde anscheinend versäumt, eine festere Bindung zu dieser Klientel zu entwickeln. ...“

Mit dem Schreiben wurde auch die Bereitschaft übermittelt, im konkreten Dialog diese Überlegungen zu vertiefen.

Aus den Landesverbänden

OWUS Berlin-Brandenburg

Am 08. September fand die erste Tagung des Vorstands nach der Sommerpause statt. Im Mittelpunkt der Beratung stand ein Meinungsaustausch über die Ergebnisse der Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern sowie die Schwerpunkte der Verbandsarbeit im 2. Halbjahr. Es wurde beschlossen, dem Dachverband vorzuschlagen, sich in Auswertung der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin sowie in Vorbereitung auf die Bundestagswahlen mit konkreten Vorschlägen an den Parteivorstand DIE LINKE zu wenden – siehe oben. Zur Kampagne des DGB „Rente muss auch morgen reichen!“ wird eine zu veröffentlichende Stellungnahme vorbereitet.

Weitere Beschlüsse des Vorstands:

- Bestätigung der Anträge von Jürgen Heinrich und Christian Dirk Ludwig auf Fördermitgliedschaft im Landesverband;
- Einberufung der Jahresmitgliederversammlung für März 2017, der genaue Termin wird noch abgestimmt, Tagungsort wird turnusgemäß Potsdam sein,
- Erarbeitung eines Konzepts zur Erstellung eines Verzeichnisses von Mitgliedsunternehmen

Im Ergebnis der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus übermittelte der Vorstand dem Landesvorstand und der Fraktion DIE LINKE seine Glückwünsche zum Wahlergebnis. In Erwartung möglicher Koalitionsverhandlungen machte der Vorstand auf folgende Aspekte aufmerksam:

„Der Partei DIE LINKE wird soziale Gerechtigkeit als Kernkompetenz zugeordnet.

Berlin feiert sich häufig als die Stadt der Start-ups und der Kreativwirtschaft und der

Senat erfreute sich an Gründungsoffensiven. Auf die teilweise desolate soziale Lage vieler Solo-Selbständiger und Kleinunternehmer in der Stadt hatte nur DIE LINKE u.a. mit ihrer Anfrage an den Senat „Wie geht es den vielen Kleinen in der Berliner Wirtschaft?“ vom April 2014 (DS 17/13 549) hingewiesen. Der neue Senat sollte sich daher für eine Bundesratsinitiative, ggfs. gemeinsam mit Brandenburg und Thüringen, einsetzen, um hier eine verbesserte Einbeziehung in die sozialen Sicherungssysteme einzufordern.

Berlin ist aber auch die Stadt, in der bereits eine starke Community entstanden ist, die vielfältige Formen der solidarischen Ökonomie und anderer alternativer Wirtschaftsformen praktiziert. Als nach den Vorgaben der Gemeinwohl-Ökonomie (ecogoods) zertifiziertem Verband liegt uns dies besonders am Herzen. Berlin ist in Deutschland ein wichtiges Zentrum der Gemeinwohl-Ökonomie. Eine gezielte Förderung insbesondere solcher alternativer Ansätze in der Wirtschaft sollte ein wichtiges Anliegen eines rot-rot-grünen Senats sein. Diese auf Nachhaltigkeit orientierten Wirtschaftsformen dürften eigentlich auch bei den anderen beiden Partnern Zuspruch finden.“

Informationen aus OWUS-Mitgliedsunternehmen / Wirtschaftsinformationen

Ein Jahr Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen

Am 25. September jährt sich zum ersten Mal die Verabschiedung der Resolution der UN-Generalversammlung „**Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung**“ (<http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf>) . Sie beginnt mit den Worten „Diese Agenda ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand. Sie will außerdem den universellen Frieden in größerer Freiheit festigen. Wir sind uns dessen bewusst, dass die Beseitigung der Armut in allen ihren Formen und Dimensionen, einschließlich der extremen Armut, die größte globale Herausforderung und eine unabdingbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung ist.“

Die verabschiedeten 17 Ziele und 169 Unterziele nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) sind politische Zielsetzungen, die der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen. Sie sind Nachfolger der so genannten Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) und traten am 1. Januar 2016 mit einer

Laufzeit von 15 Jahren - bis 2030 - in Kraft. Im Unterschied zu den MDG, die insbesondere Entwicklungsländern galten, gelten die SDGs für alle Staaten, also auch für Deutschland. Und da gibt es sicherlich viel zu tun, um bis 2030 die von der UNO beschlossenen Ziele auch in Deutschland zu erreichen. Erwähnt seien nur die Nachhaltigkeitsziele (SDG) 1 und 5 „*Armut in allen ihren Formen und überall beenden*“ bzw. „*Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen*“. Die gesellschaftliche Debatten in Deutschland über Kinderarmut, Armut im Alter, gleiche Entlohnung für Männer und Frauen, Frauenquoten usw. gehen genau in diese Richtung. Aber richten wir unseren Blick auf die noch Ärmeren, auf die existenziell Bedrohten. Spätestens seit der Ankunft der Flüchtlinge in Deutschland ist das Problem zum Greifen nahe gekommen. Bisher waren es Fernsichtbilder, weit weg von den wohlhabenden Industriestaaten in Nordamerika und Westeuropa, jetzt stehen diese Menschen vor uns und erwarten Hilfe. Was heißt das konkret, und was kann die Zivilgesellschaft dazu beitragen, damit Menschen aufgrund existenzieller Not nicht gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen?

Der **Solidaritätsdienst international** (SODI) e.V. realisiert seit 1991 vor allem in Südostasien und im südlichen Afrika gemeinsam mit einheimischen Partnerorganisationen unterschiedliche Selbsthilfeprojekte (www.SODI.de). Finanziert werden diese Projekte vor allem mit öffentlichen Zuwendungen des BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Spendenmittel der „Aktion Deutschland Hilft (ADH)“ sowie durch selbst eingeworbene Spenden, u.a. übrigens auch im Rahmen der jährlichen nd-Solidaritätsaktion. Im Mittelpunkt der Arbeit von SODI stehen die Existenz- und Ernährungssicherung von Menschen und die Förderung der Unabhängigkeit und Selbstorganisation von Marginalisierten und Unterdrückten. Der Schwerpunkt ist bei SODI eng verbunden mit den SDGs 1, 2, 4, 5, 13 sowie 15 und 16, wobei einzelne Projekte oft mehrere der SDGs abdecken und auch nur so nachhaltige Veränderungen im Leben der Menschen bewirken können. Trainings in ökologischer Landwirtschaft können wenig zur Verbesserung der Lebensumstände der Menschen beitragen, wenn Landrechte nicht gesichert sind. Die Versorgung mit Saatgut hilft den Menschen nicht, wenn sie nicht gelernt haben, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen. Hilfen beim Aufbau selbstorganisierter Entscheidungsstrukturen in Dörfern sind nicht nachhaltig, wenn

Menschen aufgrund der Angehörigkeit zu einer Minderheit, ihrem Geschlecht oder der Sexualität ausgeschlossen werden. Diese Liste ließe sich beliebig fortführen. Viele Probleme globaler Ungerechtigkeit – wie die sich vergrößernde Kluft zwischen Arm und Reich, Ressourcenausbeutung im Globalen Süden, soziale und ökonomische Ausgrenzung von marginalisierten Gruppen und Migrations- und Fluchtbewegungen fußen auf historischen Prozessen, postkolonialen Strukturen und der Deutungshoheit des Globalen Nordens. SODI ist sich dessen sehr bewusst und führt deswegen im Rahmen eines Bildungsprogramms zum Beispiel Schulworkshops, Ausstellungen und theaterpädagogische Maßnahmen durch, welche die Menschen hier für globale Zusammenhänge und die Wichtigkeit der Umsetzung der Agenda 2030 sensibilisieren sollen.

RS / SNK

Veranstaltungen

1. 08. Oktober 2016 **Friedensdemonstration** in Berlin - www.friedensdemo.org
2. 19. Oktober 2016 **ACHTUNG – NEUER TERMIN** - in der Wir AG, Martin-Luther-Str. 21 in Dresden-Neustadt Veranstaltung des Arbeitskreises Dresden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen mit Dr. Rolf Sukowski, Vorsitzender des Vorstands vom OWUS Dachverband **„Gemeinwohl-Ökonomie und Linke Unternehmer. Gehört das zusammen?“**;
3. 02. November 2016 **Unternehmerstammtisch** im Tierpark-Hotel „Abacus“ um 18 Uhr *„Was läuft wirklich in der kapitalistischen Welt ab – gegen den ökonomischen Mainstream – eine neue Monatszeitung stellt sich vor – „OXI – Wirtschaft für Gesellschaft“* (<https://oxiblog.de/>)
Zu Gast: Wolfgang Storz, Chefredakteur von „OXI“ und Olaf Koppe, Geschäftsführer der Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH

Links

<https://oxiblog.de>

<http://www.die-linke-thl.de/mediathek/parlamentsreport/>

<http://www.unz.de/> Die linke Zeitung für Politik, Arbeit, Soziales und Kulturelles in Thüringen

www.fabio-de-masi.de Homepage von MdEP Fabio de Masi (Fraktion GUE/NGL), u.a. im EP mit den Themen TTIP und Steueroasen befasst

<http://alternative-rohstoffwoche.de>

Unsere Geburtstagskinder für den Oktober 2016

Bernd Mewes 06.10.
Ingolf Schulz 07.10.
Klaus Eichler 11.10.
Wolfgang Ackermann 15.10.1954
Uwe Zimmermann 19.10.

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euer OWUS Vorstand Berlin-Brandenburg

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender
heinrich-berlin@kabelmail.de.